

## Forschung zu Heimkindern

Betroffene sollen ihre Akten leichter finden können

Hannover/Göttingen (epd). Wissenschaftler der Universität Göttingen sollen im Auftrag des niedersächsischen Sozialministeriums die Schicksale der Heimkinder in Niedersachsen zwischen 1949 und 1975 erforschen. Der Arbeitskreis Heimerziehung in Hannover, an dem auch ehemalige Heimkinder mitarbeiten, habe dazu einen Fragekatalog erarbeitet, sagte ein Sprecher des Sozialministeriums am Dienstag. Das Forschungsprojekt werde geleitet von der Sozialwissenschaftlerin Margret Kraul und dem Historiker Dirk Schumann von der Universität Göttingen. Bis in die siebziger Jahre hinein haben Kinder und Jugendliche unter brutalen Erziehungsmethoden in bundesdeutschen Heimen gelitten. Insgesamt lebten zwischen 1945 und 1975 rund 800000 Kin-

der und Jugendliche in Deutschland in Heimen, etwa zwei Drittel in Einrichtungen der kirchlichen Wohlfahrt und von Ordensgemeinschaften. Bundesweit befasst sich ein Runder Tisch in Berlin mit dem Schicksal der früheren Heimkinder. Die Göttinger Wissenschaftler wollten in Interviews mit Zeitzeugen und in Aktenstudien klären, wie viele Heime es tatsächlich gab, was vorgefallen ist, wie viele Todesfälle es gab und wer die verantwortliche Heimaufsicht in der fraglichen Zeit hatte, sagte Kraul. "Vieles wird sich aufgrund der zahlreichen Fälle leider nur exemplarisch darstellen lassen." In Voruntersuchungen seien die Wissenschaftler auf rund 120 Heime in Niedersachsen gestoßen. Weiter solle erforscht werden, welche landwirtschaftlichen

Betriebe und Unternehmen von der Zwangsarbeit der Heimkinder profitiert haben, erläuterte Kraul. Auch solle geklärt werden, auf welcher Rechtsgrundlage die Kinder ins Heim eingewiesen werden konnten. "Dabei werden wir eng mit der Diakonie der hannoverschen Landeskirche zusammenarbeiten, die schon viel in den kirchlichen Heimen erforscht hat." Die Ergebnisse sollen später in zwei Doktorarbeiten veröffentlicht werden. Der Präsident des Niedersächsischen Landesarchivs, Bernd Kappelhoff, hat dem Ministerium zufolge einen Leitfaden erarbeitet, mit dem Betroffene ihre Akten leichter finden können.